

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Cindenzstraße 3
Fernsprecher: Dönhof 202-207
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftstagszeit 9-5 Uhr
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH
Berlin SW. 68, Cindenzstraße 3
Fernsprecher: Dönhof 202-207

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die Arbeit der Reichstagsfraktion.

Wilhelm Keils Bericht auf dem Parteitag.

Heidelberg, 16. September. (Eigener Drahtbericht.)

Die Mittwochsitzung des Parteitages beginnt mit dem Bericht über die Tätigkeit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

Berichterstatler Keil:

Raum in einer Session des Reichstages ist so umfangreich gearbeitet worden, wie in der letzten, eine Fülle von Materialien ist in Angriff genommen, viele Gesetze sind erledigt worden. Was der arbeitsunfähige Reichstag vom Mai 1924 veräumt hat, mußte der Reichstag vom Dezember 1924 in seinem ersten Tagungsabschnitt nachholen. Er mußte die Notmaßnahmen aus der Zeit der Stabilisierung in Gesetze umwandeln und mußte den ganzen Mechanismus der Staatsverwaltung, den die Währungsnotkatastrophe aus den Angeln gehoben hatte, wieder in geordnete Bahnen bringen. Diese Aufgabe hat der Reichstag im wesentlichen erfüllt. Allerdings nicht in dem Geiste des schönen sozialen Gedankeninhalts der Verfassung der deutschen Republik, sondern in einem Geiste, der als höchstes Ziel hatte, die

Befriedigung des materiellen Egoismus der wieder zu Macht und Einfluß gekommenen Schichten

des Volkes.

Ich will die grundsätzlichen Gesichtspunkte, von denen die Fraktion bei ihrer Arbeit geleitet war, darlegen. Erleichtert wird mir diese Aufgabe dadurch, daß es ernste und nachhaltige Meinungsverschiedenheiten in der Fraktion nicht gegeben hat. Wenn auch natürlich Unterschiede des Temperaments, des Werdeganges und der gefühlsmäßigen Einstellung der einzelnen Fraktionsmitglieder zu einer verschiedenen Beurteilung der Situation führten, so besteht doch keine geschlossene Linke und Rechte wie früher, und von Sonderligungen einzelner Fraktionsgruppen ist mir wenigstens seit der Vereinigung nichts bekannt geworden. Was man doch von einem sogenannten linken oder rechten Flügel sprechen, so sind die Fälle nicht selten gewesen, in denen „linker Hand, rechter Hand, alles vertauscht“ war (Heiterkeit), wo der laute Rabe den Draufgänger Rosenfeld an Radikalismus oder der kritisch-lustige Levi den realpolitischen Hermann Müller an Bedächtigkeit übertrifft hat (Heiterkeit). Einzelne Meinungsverschiedenheiten konnten nicht verhindern, daß die Fraktion nach außen hin einheitlich gehandelt hat. Die wenigen Ausnahmen waren ohne politische Bedeutung und beruhten auf ungenügender Information. Mir scheint auch in der Partei im Reich die ernste Unzufriedenheit mit der Tätigkeit der Reichstagsfraktion nicht zu bestehen. Nur hier auf dem Parteitag ist mir ein Ruf des Genossen Sendewitz im „Sächsischen Volksblatt“ zu Gesicht gekommen, der von tiefergehenden Meinungsverschiedenheiten über unsere im Parlament zu treibende Politik spricht, die tiefer gingen, als im Sachverhalt. Das hat mich überrascht. Genosse Sendewitz wird ja Gelegenheit haben, die Fraktion von seiner höheren Einsicht zu überzeugen. (Sehr gut!) Erfreulich war die Zurückgewinnung Lobes als Präsident, dieses Meisters in der Führung der Geschäfte des Reichstages.

Die Frist vom Mai bis Dezember war zu kurz gewesen, um die Nachentwicklung der Rechte aufzuhalten und die Wähler zur Vernunft zu bringen, die dem gerissenen Demagogentum der Rechte in die Falle gegangen waren. Würde heute den Wählern Gelegenheit gegeben, ihre Meinung zum Ausdruck zu bringen, so würden zweifellos Millionen ihre damalige Haltung gründlich revidieren. (Sehr wahr!) So war die Reichsregierung nach den Dezemberwahlen nicht mehr zu verhindern, nachdem die Wähler der dahingehenden Strömung nicht den nötigen starken Damm entgegengekehrt hatten, der für die Erneuerung der Weimarer Koalition die zahlenmäßige Grundlage gewesen wäre, und die Deutsche Volkspartei hätte auch nicht den Mut, wie bisher die Minderheitsregierung weiter zu unterstützen. Sie verließ sich auf

Die Rechtsneigung des Zentrums,

und diese Spekulation erwies sich als richtig. Der Ringkampf zwischen Stresemann und Marx endete mit dem Sturz des letzteren, den seine eigene Partei fallen ließ. Dr. Luther schwang sich als gewandter Equilibrist auf den Kanzlerstuhl, und vier deutschnationale Minister nahmen neben ihm Platz. Das Zentrum wollte nach der frohigen Erklärung Fehrenbachs dem Kabinett Luther wohl die Lebensfähigkeit geben, aber parteimäßig nicht daran gebunden sein. Nach den Leistungen des Zentrums in den letzten Monaten fragt man sich aber, was denn diese Partei noch mehr für das Kabinett Luther hätte tun können. Auch wenn es sich von Anfang an nicht eng verbunden mit ihm erklärt hätte! (Sehr richtig!) Mit der Bildung des Reichskabinetts ergab sich für unsere Fraktion die Stellungnahme von selbst. Stärkstes Vertrauen und streng entschlossene Opposition. Der Verlauf des ersten Tagungsabschnittes unter diesem Kabinett hat uns gezeigt, wie begründet dies Vertrauen war. Aber unsere Opposition ist nicht dasselbe wie in der Vorkriegszeit. Damals standen wir einem halb absolutistischen — halb konstitutionellen Regierungssystem gegenüber. An eine Beteiligung der Sozialdemokratie an der Regierung war damals nicht zu denken. Heute haben wir das demokratisch-parlamentarische Regierungssystem unter der republikanischen Staatsform, an deren Schaffung wir führend beteiligt gewesen sind. Und wenn wir zurzeit nicht in der Regierung sitzen und uns vorläufig auch nicht danach sehnen, so ändert das nichts daran, daß der Sinn und das Ziel unseres Kampfes ist: Die Feinde der Republik und des schaffenden Volkes aus der Regierung zu vertreiben. Die Behauptung Sendewitz', daß in der Reichstagsfraktion tiefgehende Meinungsverschiedenheiten vorhanden seien, scheint mir aus dem Arzrum zu stammen, daß er glaubt, die Fraktionsmehrheit sei so unbedingt auf die große Koalition eingekamoren, wie er dogmenhaft ist. Tatsächlich wollen wir nur tatsächliche Bewegungsfreiheit haben, und wenn wir uns im voraus positiv oder negativ binden würden, so würden die Gegner

selbstverständlich diese Bindung ausnützen. (Sehr wahr!) Was wir tun,

wenn uns die Niederringung der Regierung Luther gelungen ist, ist eine vollkommen offene Frage, zu der wir Stellung nehmen werden, wenn der Fall eintritt. (Sehr gut!) Hoffentlich wird uns dann Sendewitz seine Ratschläge nicht vorenthalten. Nur muß Sendewitz einen Grundsatz des parlamentarischen Systems begreifen: Wer eine Regierung stürzt, kann in die Lage kommen, die neue Regierung bilden zu müssen. (Müller-Franken: — oder unterstützen müssen, das ist noch schlimmer.) Die Opposition, die siegt, muß die Regierung übernehmen oder für die Bildung einer arbeitsfähigen Regierung sorgen. (Sehr wahr!) Wir sind im Stadium des Ringens der Arbeiterklasse um ihren Anteil an der unmittelbaren Staatsgewalt. Wir fühlen uns als die Träger der demokratischen Republik auch gegen ihre Feinde. Wir wollen den Frieden sichern gegen den frivolsten Nationalismus diesseits und jenseits der Grenze. Wir wollen im Innern für die Armen, die Schaffenden und die Enterbten herausheulen, was als höchstmäßiger praktischer Erfolge herausgeholt werden kann.

Unsere Forderungen dürfen deshalb die Grenzen dessen nicht übersteigen, was wir praktisch durchführen könnten, wenn wir in der Regierung wären. Deshalb lehnen wir es grundsätzlich ab, nach dem Beispiel der deutschnationalen rein demagogische Anträge zu stellen, deren Annahme wir nach dem Eintritt in die Regierung mit allen Feinheiten hinterzuziehen müßten. (Sehr gut!) Trotzdem hat uns Sendewitz vorgeworfen, daß wir keine solche rein demagogischen Anträge gestellt haben. (Lobe: Unerhört!) Unsere Verarbeitung hat er damit ganz grundlos geschädigt. Wir treiben es nicht wie die Deutschnationalen, von denen ein minderbegabter Abgeordneter im Reichstag zugegeben hat, ihre Anträge für die Kriegsbeschädigten seien nur reklamehalber gestellt, aber nach dem Eintritt in die Regierung müßten die Deutschnationalen diese Anträge ablehnen. (Hört! hört!) Die Leistungen der gegenwärtigen Regierungsmehrheit bleiben auch so weit hinter dem durchaus Möglichen und Durchführbaren zurück, daß wir uns auf erfüllbare Forderungen beschränken. Der radikale Wechsel der deutschnationalen Politik ist ohne Beispiel im deutschen Parteileben. Wie haben uns die Führer der Reichsmehrheit beschimpft und gelästert, als hätten wir das Vaterland verraten, die Ehre der Nation in den Kot getreten und uns vom Ausland bezahlen lassen. Noch bei den Dezemberwahlen haben sich die Deutschnationalen im Jahrmarktstümm als den wahren nationalen Jakob angepriesen. Aber

nach der Regierungsübernahme hilft kein Gestank mehr.

Sie mühten Farbe bekennen. Und die deutschnationale Fraktion hat Erfüllungspolitik getrieben mit einem überaus erstaunlichen Eifer. Was hätte wohl der verlorbene Helferrich von dem deutschnationalen Finanzminister Schlieben gesagt, daß er unter schwerster Steuerbelastung des Volkes eine Uebersehewirtschaft treibt, nur um für die pünktliche Erfüllung der Reparationslasten zu sorgen? Wo bleibt die Revision des Versailler Vertrags, wo die Bekämpfung der Kriegsschuldfrage? Statt dessen wurde der Sicherheitspakt vorbereitet mit der neuen freiwilligen Verzichtserklärung auf Elsch-Lothringen! So sehr wir selbst deutschnationale Verständigungspolitik im Interesse des europäischen Friedens wünschen, so hätten wir doch nicht hören mögen,

was die Deutschnationalen darüber gesagt hätten, wenn eine Regierung Wirth oder Hermann Müller den Sicherheitspakt vorbereitet hätte.

Die Opposition des nollischen Flügels soll nur die deutschnationale Knochenweichung markieren. Paris ist den Deutschnationalen eine Messe wert. Sie nehmen jede Minderung ihres Anspruchs in Kauf, nur um ihre Machtgier zu befriedigen. Sie haben durch die Annahme des deutsch-spanischen Handelsvertrages den Weinbau verraten und durch das Bekenntnis zu den Grundzügen der Politik des Kabinetts Luther Elsch-Lothringen freigegeben. (Sehr wahr!)

Auch in einer Reihe Fragen der inneren Politik haben wir den Deutschnationalen ihre Doppelrolle als Regierungs- und zugleich Oppositionspartei gründlich verdorben. Die Deutschnationalen wissen die Regierungsgewalt zu schätzen, auch wenn sie ihnen nur einen Teilerfolg bringt. Selbst der große Raubzug der Zollgesetze, die trotz unseres leidenschaftlichen Widerstandes unter Bruch der geschäftsordnungs- und verfassungsmäßigen Rechte der Minderheit durchgepeitscht wurden, war nur ein Teilerfolg.

Diese Zollgesetze werden für die deutsche Wirtschaft verhängnisvoll sein.

(Sehr wahr!) Für uns sind die Lebensinteressen der deutschen Arbeiter maßgebend und wir wollen jede Schädigung vom deutschen Wirtschaftsleben fernhalten. Wir fordern deshalb nicht reinen Freihandel. Aber wir wollen den Abbau der Zollmauern und die europäische Wirtschaftsverständigung, während die Regierung Luther mit ihren Zöllen bewußt die anderen Länder übertrumpfen will. Es ist genau der gleiche Gegenstand wie in der militärischen Rüstungspolitik vor dem Weltkrieg. Die Gefahr für die deutsche Wirtschaft besteht nach der Stabilisierung in der passiven Handelsbilanz. Diese ist nur zu bekämpfen durch Beschränkung der Einfuhr und Steigerung der Ausfuhr. Aber Rohstoffe und Nahrungsmittel müssen wir einführen, und deshalb haben wir eine Steigerung der Ausfuhr anzustreben, um nicht die Produktion künstlich zu verteuern. Bei den jetzt beschlossenen Zöllen hat

der Egoismus einer kleinen Zahl Kapitalisten über die Interessen der Mehrheit der deutschen Bevölkerung gestiftet.

Die Regierung versucht, die Wirkung ihrer Zollpolitik durch eine Preislenkungsaktion abzuwehren. Wir wünschen der Aktion den besten Erfolg und halten z. B. die Ausschaltung über-

flüssiger Zwischenglieder für durchaus möglich. Aber wenn man als Voraussetzung für die Steigerung des Profitgeschäfts alles verleiert und dann so tut, als ob man die Preise senken wollte, ohne die in Frage kommenden Mittel der Staatsgewalt gegen die Kapitalisten einzusetzen, dann kann man damit nur den Spott reizen. Bei der engen Verbindung der Regierung Luther mit dem Großkapital muß die Arbeiterschaft in der

Preislenkungsaktion lediglich ein Manöver zur Verhinderung von Lohnrückgehungen

erblicken. Bei der Steuererhebung hatte die Regierung davon ausgehen müssen, daß das Klagen und Jammern über den Steuerdruck zu den Lebensgewohnheiten des deutschen Großkapitals gehört und daß die Besitzenden in der Inflationszeit, als die Lohn- und Gehaltsempfänger den Staat allein über Wasser hielten, sich des Steuerzahlens gänzlich entwendt hätten. Selbstverständlich können deshalb die Besitzenden bei der notwendigen Neuordnung der Steuern über Erdrosselung und Schwund der Substanz. Aber die Regierung wich vor diesem Beschrei zurück, und der krasse Gegensatz zwischen Besitz- und Massensteuern wurde noch gesteigert. Zahlreiche wichtige und maßvolle Anträge unserer Fraktion hat die Mehrheit niedergestimmt, z. B. über die Erhöhung der Tarife bei den größten Einkommen und die Umlagesteuerfreiheit unentbehrlicher Lebensmittel. Den schmachvollen Beitrag an den Opfern der Inflation hat nicht die Revolution und die Politik der Linksparteien gerächt. Die Enteignung des Mittelstandes hat vielmehr nach dem Urteil aller objektiven Wissenschaftler die Finanz- und Steuerpolitik Helferrichs im Kriege und nach dem Kriege und die Steuerfabrikation der Besitzenden auf dem Gewissen. Und durch die von den Rechtsparteien herbeigeführten öfteren außenpolitischen Krisen sind die Inflationsgewinnler à la Stinnes die Kugeln des Verarmungsprozesses gewesen, dem die Gläubiger und Sparer zum Opfer gefallen sind. Die Ablenkungs- und Vertuschungsmanöver der deutschnationalen Vertreter werden ohne Erfolg bleiben. Denn

der Betrug an den Sparern schreit zum Himmel und wird sich rächen bei den nächsten Wahlen.

(Sehr wahr!) Unsere Fraktion hat sich selbstverständlich auf die Seite der Hungernden und schuldlosen Opfer der Inflation gestellt. In allen Anträgen hat sie den Gläubigern das zu geben versucht, was im Rahmen des wirtschaftlich Möglichen lag. Die Deutschnationalen dagegen haben den Gläubigern das Unmögliche versprochen, um ihnen das Mögliche vorzuenthalten. (Sehr wahr!) Die große Mehrheit der betrogenen Gläubiger stand bis vor kurzem noch im Lager der Rechtsparteien. Sie hatten dort solange etwas zu sagen und Einfluß und Ansehen, als sie Besitzende waren. Seit ihrer Verarmung ist es damit aus. Proleten haben in den Rechtsparteien noch nie etwas zu sagen gehabt. Es geht dort nach dem Vers Heines:

Wenn du aber gar nichts hast,
Ach, so lasse dich begraben.
Denn ein Recht zum Leben, Dumy,
Haben nur, die etwas haben.

Die Enttäuschung wird aber erst ihren höchsten Punkt erreichen, wenn es demnachst an die Beratung der Ausführung der Aufwertungsgeetze geht. Dann werden die Schuldner alle Vergünstigungen, die ihnen das Gesetz gewährt, auf Kosten der Gläubiger für sich in Anspruch nehmen. Ob es möglich sein wird, durch die Waffe des in Deutschland noch nicht erprobten Volksentscheids die Aufwertungsgeetze zu revidieren, wie das die Vertreter der Aufwertungsverbände annehmen, läßt sich noch nicht beurteilen. Die Vorbereitungen dieser Verbände dazu sind im Gange. Trifft die Frage an uns heran, wie wir uns zu der Volksabstimmung verhalten, so wird unsere Entscheidung von der Pflicht abhängig sein, den Opfern der Inflation unsere Hilfe zu leisten. Die Enttäuschung wird die Sozialdemokratie den Gläubigern nicht bereiten, die sie mit ihrem Abgott Hindenburg erlebt haben. (Sehr richtig!)

Ueber die Fragen der Sozialpolitik, der Erwerbslosenfürsorge, des Arbeitsrechts, die Wahrnehmung der Interessen der Kriegsbeschädigten, die Befolgung und Rechte der Beamten, die Bekämpfung der Klassenjustiz usw. kann ich nicht auch noch sehr sprechen. Die deutsche Justiz hatte in politischen Prozessen nie so wenig Vertrauen als gegenwärtig. (Verbale Zustimmung.) Mit noch größerem Recht als der Zentrumsabg. Ueber seinerzeit im Kampfe um das Zuchthausgesetz, kann man heute von der

himelstreichenden Parteilichkeit der deutschen Rechtsprechung

reden. (Sehr wahr!) Aus der Situation ergibt sich eine Fülle von Aufgaben für unsere Reichstagsfraktion. Zahlreiche Anregungen werden uns durch hier vorliegende Anträge überwiesen. Die Fraktion wird alles Brauchbare und Nützliche daraus auszuheben und im Rahmen des Möglichen weiter verfolgen. Daß die Partei nicht mit verbrauchten Schlagworten und ödem Schematismus zu Werke gehen kann, lehrt uns wieder der Fall Wirth, und das Echo, das er im demokratischen Flügel des Zentrums, insbesondere bei den Arbeiterschichten hervorruft. Auch im Kampf mit unseren Gegnern müssen wir differenzieren und dürfen die Gegner, die bereit sind, ein Stück Weges mit uns zusammen zu marschieren, nicht von uns abstoßen. (Sehr richtig!) Unter Beachtung dieser Punkte müssen wir uns für den nächsten Wahlkampf die Situation schaffen, die wir uns alle wünschen, die die Wählermassen zwingt, in unserem Sinne Gericht zu halten mit den Herrschenden der Rechten, die groß waren im Versprechen und klein im Halten. Die nächste Entscheidung der deutschen Wählermassen muß werden: Ein Verdammungsurteil über die Feinde der Republik und ein großer Tag des Sieges für die deutsche Sozialdemokratie! (Stürmischer Beifall.)

Darauf begann die Aussprache.
(Schluß in der Morgenausgabe.)

Auswärtiger Ausschuss.

Am 23. September.

W.B. meldet: Am Mittwoch, den 23. September, vormittags 10 Uhr, tagt der Auswärtige Ausschuss des Reichstags

Es dürfte dem Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses Herzog nicht leicht gefallen sein, den Termin für die Sitzung festzusetzen, in der seine Partei zum Sicherheitspakt wird endlich Stellung nehmen müssen. Diese Sitzung wird entweder das Ende der deutschnationalen Regierungsherrschaft oder das Ende der deutschnationalen Redaktionsideologie bringen. Indessen war diese Schicksalsstunde nicht länger hinauszuschieben. Sollen die Ministerkonferenzen bereits in den ersten Oktobertagen zusammenzutreten; wie die „Vossische Zeitung“ zu melden weiß, ist der 6. Oktober der wahrscheinlichste Termin und Luzern als Tagungsort in Aussicht genommen. Es ist also keine Zeit mehr zu verlieren.

Vergebens sucht man in der heutigen deutschnationalen Presse Berlins nach irgendeiner Äußerung, die darauf schließen lassen könnte, inwieweit die Reichsregierung auf die Unterstützung der Deutschnationalen wird rechnen können. Die „Deutsche Tageszeitung“ überschreibt einen ebenso kurzen wie vagen Leitartikel sinngemäß: „Noch keine Klärung“. Damit meint sie, daß die einzelnen Probleme des Sicherheitspakts noch nicht geklärt seien. Ein billiger Vorwand, um die Klärung in den eigenen Reihen hinauszuschieben.

Die Scheineinheit der KPD.

Sie bricht auseinander.

Die Stadien der Entwicklung der Parteidiskussion in der KPD werden täglich in der „Roten Fahne“ registriert. Wir erfüllen nur unsere publizistische Pflicht, wenn wir das Wichtigste aus den kommunikativen Krankheitsberichten wiedergeben. Heute stellt die „Rote Fahne“ selber fest:

„Der Offene Brief der Komintern hat die verschiedenen Strömungen, die in der KPD, unter der Oberfläche keimten, offen hervortreten lassen. Wenn auch noch unklar und nicht vollkommen ausgereift, kann man aber doch bestimmte Gruppierungen feststellen, die bis zum Erscheinen des Offenen Briefes unter der Decke der Einheit um jeden Preis verstreut waren. Offene, dreie Ausprägung ist Verbindung, wenn an Stelle der durch organisatorischen und mechanischen Druck geschaffenen Scheineinheit die wirkliche ideologische bolschewistische Einheit der Partei treten soll.“

Soweit man die Parteidiskussion an Hand der bisher vorliegenden Berliner Resolutionen übersehen kann, sind drei oder richtiger vier Gruppierungen zu verzeichnen, bei denen wenigstens in einer Gruppe gleichfalls keine ideologische Klarheit vorhanden ist. Beginnen wir mit den Resultaten bzw. Stimmungen und Strömungen, wie sie auf der sogenannten äußersten Linken vorherrschen.“

Darin schließt sich eine vernichtende Kritik der Resolution, die aus den „Hochburgen der Weltrevolution“, aus dem Wedding, kommt. Besonders haben es der „Roten Fahne“ die folgenden Sätze angetan:

„Die Funktionäre verkennen aber keineswegs die Tatsache, daß der Brief der Parteioberleitung Berlin-Brandenburg in Anbetracht der bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen große Hemmnisse und Gefahren mit sich bringt, weil die durch den Brief heraufbeschworene Parteieinheit weidlich ausgehöhlt werden wird von unseren Gegnern, ganz besonders von der SPD.“

Die „Rote Fahne“ meint, es komme halt bei dem großen Reineinmachen auf ein oder zwei Stadtdirektorenmandate nicht an. Noch mehr erbost sie sich über die Angriffe gegen das unfehlbare EKKI. Die Weddingresolutionäre haben nämlich das EKKI (übrigens sachlich mit vollem Recht) mit der Brandlerpolitik in einen Topf geworfen und verurteilt:

„Mit aller Entschiedenheit wehrte sich der Funktionärkörper gegen den Vorwurf des Antikommunismus und Antibolschewismus. Dieser Vorwurf hat das Resultat einer Hege der bankrotten Führer-

llique um Brandler und seiner erstaunlicherweise kleinen Anhängererschaft gegen den Teil der Mitglieder, die man unbedeutenderweise „ultralinke Gruppe“ nennt und deren einziges Verbrechen darin bestand, daß sie die Taktik an der Präsidentenwahl, sowie die Taktik dem Volkstisch gegenüber nicht billigt. Bedauerlicherweise hat die Mehrheit der Parteileitung diese Hege unterstützt und trägt dieselbe elendig und allein die Verantwortung für die Parteifolge und die daraus resultierende allgemeine passive Stimmung.“

Mit der Brandmarkung der „ultralinken“ Gruppe, der einstigen Garde des Wedding-Bezirks, ist nämlich der Schmerz keineswegs abgetan. Die neue KPD-Zentrale tut so, als ob im übrigen Einheit in der Partei sei. Diese Einheit basiert aber nur auf der taktvoll geschickten Haltung der „Rechten“, die augenblicklich schweigen, weil sie wissen, daß ihre Stunde doch kommt. Die neue Zentrale und das hohe EKKI werden bald ganz gezwungen sein, dem ersten Ruck nach rechts den zweiten folgen zu lassen. Und dann dürfte die Rubrik des Krankheitsberichts noch etwas länger werden. Selbst das Studium sämtlicher Werke des heiligen Lenin, das von einem Bezirk als Heilmittel empfohlen wird, bewahrt nicht vor dem unangenehmen Zwang, den Tatsachen ins Auge zu sehen, die stärker sind als der KPD-Kindergrube.

Ehrhardts Meineid.

Das Verfahren geht weiter, aber Ehrhardt bleibt „unauffindbar“.

Die Korrespondenz B.S. berichtet aus Leipzig:

Gegen Kapitän Ehrhardt schwebte bekanntlich ein Verfahren wegen Hochverrats vor dem Staatsgerichtshof. Auf Antrag des Verteidigers Ehrhardts, Rechtsanwalt Dr. Luettgebrunn-Göttingen, hatte sich der Staatsgerichtshof seinerzeit entschlossen, zugleich mit dem Hochverratsverfahren auch über die Anklage gegen Ehrhardt wegen Meineids und Anstiftung der Prinzessin Hohenlohe zum Meineid zu verhandeln. Ferner sollte mit diesem Verfahren auch der Prozeß gegen den Leutnant Liedig, der der Prinzessin Hohenlohe bei ihrer falschen Aussage vor dem Untersuchungsrichter durch Rat beihilflich gewesen sein soll, und gegen den Geh. Hofrat Prof. Dr. Schloesser-München, der Ehrhardt wiederholt durch Beherbergung begünstigt hatte, verbunden werden. Auf Grund der Reichsammnestie vom 17. August 1925 hatte der Staatsgerichtshof die Verfahren gegen Liedig und Schloesser eingestellt, weil ihre Straftaten mit dem Hochverratsverfahren im Zusammenhang standen, ferner vor dem 1. Oktober 1925 begangen waren und irgend welche Ausnahmen von der Amnestie zu diesen Fällen nicht vorlagen. Bezüglich Ehrhardts hatte der Staatsgerichtshof das Verfahren wegen Hochverrats eingestellt. Wegen des eigenen Meineids Ehrhardts und seiner Anstiftung der Prinzessin zum Meineid hatte der Staatsgerichtshof zwar angenommen, daß diese Taten mit dem Hochverrat im Zusammenhang standen, daß sie ferner vor dem 1. Oktober 1925 begangen waren, also grundsätzlich unter die Amnestie fielen. Trotzdem konnten diese Verfahren aber nicht eingestellt werden, da der Meineid bzw. die Anstiftung dazu nicht aus politischen Gründen erfolgte, sondern um sich der Strafe zu entziehen, also aus Eigennutz von Ehrhardt begangen war. Infolgedessen wird sich Ehrhardt vor dem Staatsgerichtshof noch wegen Meineids und Anstiftung zum Meineid zu verantworten haben, vorausgesetzt, daß er nach Deutschland zurückkehrt und sich dem Gerichte stellt.

Das Spiel geht also weiter. Die Gerichte stellen wieder einmal fest, daß Ehrhardt ein gemeiner Verbrecher ist, der ins Zuchthaus gehört, aber er bleibt weiter unauffindbar.

Krach am Richtertag.

Der wildgewordene Müller-Reinigen.

Der 6. deutsche Richtertag in Augsburg scheint nach der ruhigen und gemessenen Einleitung durch den Vortrag des volksparteilichen Reichstagsabgeordneten Dr. Wunderlich immer mehr ins deutschnationalistische Fahrwasser abzugleiten. Trotzdem sich die Leitung der Tagung sehr zum Leidwesen des „Totalanzeiger“-Sonderkorrespondenten alle Mühe gab, nach dem „wohltemperierten“ Vortrag und nach

einer wohltemperierten Diskussion eine wohltemperierte Resolution beschließen zu lassen, kam es zum Krach.

Der Spektakelmacher aber war kein Deutschnationaler mit langjähriger, nationalstolischer Tradition, sondern ausgerechnet Herr Müller-Reinigen, der alte liberale Kämpfer und einstige Führer der bayerischen Demokraten, der neueste Elefant im Porzellanladen der deutschen Richterschaft. Freudestrahlend berichtet der Sonderkorrespondent des „Total-Anzeigers“ darüber seinem Blatt:

„Den Stier bei den Hörnern aber packte erst der alte Müller-Reinigen, also ein Jurist und Parlamentarier, der vom linken Flügel unserer politischen Front herkommt. Er erklärte, daß er es sich nicht gefallen lassen könne, daß ein von ihm vorgelegter Antrag, der als Fanfare gedacht war, durch die ganze Art seiner Behandlung von Seiten der Sitzungsleitung in eine Chamaide verwandelt würde. Mit leidenschaftlicher Entrüstung geißelte dieser alte aber immer noch jugendfrische Kämpfer die elende Hegepropaganda, die von der politischen Opposition gegen die untaugliche deutsche Rechtspflege getrieben wird. Sei es doch einmal ganz offen ausgesprochen worden: Zunächst müsse das Offizierskorps vernichtet werden; dann werde der Richterstand nachfolgen. Die Herren vom Republikanischen Richterbund — Dr. Müller-Reinigen war der einzige Redner, der dieses Kind endlich beim richtigen Namen nannte — trieben die Geschichte ganz anderer Leute. Man solle nur an die Arbeit der Untersuchungskommissionen denken, die uns, entgegen dem Sinn der Weimarer Verfassung, mit einer parlamentarischen Kabinettsjustiz beglückt haben. Müller-Reinigen nannte sie einen Skandal erster Ordnung; im Volk spreche man schon davon, daß sogar gewisse Parteien die Lumpen in ihren eigenen Reihen auf diese Weise in Sicherheit bringen wollten.“

Herr Müller-Reinigen als der Tempelhüter der deutschen Justiz und als Malodor der deutschen Republik! Ja, es hat sonderbare Gewächse im deutschen Liberalismus gegeben. Müller-Reinigen, der Hindenburg-Kämpfer und Ekklesiastikapostel gegen die „Bege zur Kraft und Schönheit“, der Anti-Kriegsjudenhistoriker und Allermittelschwäger — avanciert nunmehr zum Protektor der neudeutschen Justiz! Armer deutscher Rechtsstaat, nun geht es zu Ende mit seiner Herrlichkeit!

Sozialdemokratischer Kämmerer.

In Frankfurt a. M.

Frankfurt a. M., 16. September. (Mitt.) Zum Kämmerer der Stadt Frankfurt a. M. wurde gestern der Bürgermeister Aich aus Höchst mit 38 gegen 21 Stimmen gewählt.

Attentat auf Calles.

Bombenexplosion bei der Nationalfeier.

Vielleicht zur selben Zeit, wo gestern die Berliner Rundfunkteilnehmer anlässlich des mexikanischen Staatsfeiertags eine Ansprache und zwei Nationallieder dieses ferneren republikanischen Volkes hörten, ist der in Deutschland wohlbestimmte Präsident Calles wieder einem Anschlag entgangen. Als er im Stadion von Regensburg erschien, sprang ein unbekannter Mann von der Galerie. Beim Auffprung auf den Boden erfolgte eine Explosion, wobei der Mann in Stücke gerissen wurde.

Der Präsident blieb unversehrt. Es wird allgemein angenommen, daß dieser sonderbare Attentäter eine Bombe bei sich trug, die beim Aufschlag auf den Boden explodierte.

Präsident Calles hat seinerzeit Deutschland besucht und hier recht offen seiner sozialistischen Gesinnung Ausdruck gegeben. Wir beglückwünschen ihn zu seiner Rettung.

In Mussolins werden jetzt täglich Kommunisten verhaftet und „belastende Materialien“ beschlagnahmt. Diese neuen Verfolgungen hindern Moskau nicht, zwei Torpedoboote der Schwarzmeerflotte nach Italien zu schicken, um den Besuch italienischer Kriegsschiffe in Leningrad zu erwidern.

Besuch bei Zille.

Der Meister öffnet selbst die Tür und führt mich in seine Stube. Gleich neben der Tür steht ein großer Kachelofen, links das Bett, in der rechten Fensterede Staffelei und ein alter Sekretär. Vor der Fensterbank ein paar Käfige mit allerhand Vögeln, die sich aber während meines Besuches still verhalten. Das ist das Heim des populärsten Mannes von Berlin.

Nachdem er mir eine Zigarre angeboten und sich die geliebte Pfeife angezündet hat, setzen wir uns an den mit Büchern, Zeitungen und Zeitschriften überladenen, in der Mitte des Zimmers stehenden Tisch. Bald sind wir in eine gemütliche Unterhaltung vertieft. Mal hochdeutsch, mal echt berlinerisch erzählt der Meister.

Natürlich dreht sich unser Gespräch zunächst um den Zille-Film. „Was woll'n se machen“, sagt Zille, „der Staat hat uns alles genommen, was wir uns erspart und in tollsicheren Staatspapieren angelegt haben. Vor dem Krieg hatte ich soviel, daß ich meinem Lebensabend ziemlich sorglos entgegensehen konnte. Jetzt muß ich wieder arbeiten, denn zur Last fallen will man doch auch niemand. Gott sei Dank, daß man noch arbeiten kann. Und wenn ich auch nicht viel dabei verdiene, der Spag in der Hand ist mir lieber, wie die Taube auf dem Dache.“

Zille zeigt auf einige Stöße von Briefen, die auf dem Tisch liegen. „Alles Briefe von Leuten aus Königsberg, Wiesbaden, Frankfurt und wer weiß woher und in allen derselbe Inhalt. Man sollte meinen, die Absender wären alle Schwäger und Brüder; „Ich gehe sooo gern ins Kino; „Das Kino ist mein Leben“; „Wann kommt der Film hierher“ — das ist so der Inhalt. Ueberhaupt, wenn ich all' die Briefe beantworten sollte, die ich bekomme, müßte ich mir einen besonderen Sekretär halten. Und das könnte ich nicht nützen, denn der wech ja nicht, was er schreiben soll. Mal habe ich jemand von den Bergen von Zeichnungen erzählt, die ich noch liegen habe. Der Mann fragt mich, was denn damit würde. Ich sagte: Ein kalter Winter, dann kommen sie da in den Ofen. Der Mann hat das wohl weiter erzählt und jetzt bekomme ich dauernd Briefe von Leuten, die Zeichnungen haben wollen, ehe sie in den Ofen kommen. Natürlich umsonst.“

Vom Kinopublikum hält der Meister auch nicht viel. Auf Grund der Briefe. Weist schlecht geschrieben und massenhaft orthographische Fehler. „Ja kann't ja och nicht so ganz richtig, aber so unfehlbar geht et doch“, meint er.

Ueberhaupt findet der Film nicht seinen besonderen Beifall. Er ist ihm zu unwahrhaftig; die statt Häusern aufgebauten Pappwände und dergl. Dann Opern, zum Beispiel Lohengrin. „Das ist ja alles sehr schön, besonders die Musik von Wagner, aber ich kann mir nicht helfen, wenn der Schwan rankommt, muß ich unwillkürlich dran denken, um was für'n Struppe se den ranziehen“. Da ist ihm das Theater doch noch lieber. „Wenn's auch heute meist nicht anders

mehr ist, als nackte Beine und womöglich auch sonst noch allerhand Rades“.

Zille geht gern aus und es ist ihm sehr schlimm, daß er nicht mehr so kann, wie er will. Der jetzt 67½-jährige (im Januar wird er 68) ist besonders in letzter Zeit infolge verschiedener Krankheiten sehr abgemagert und geschwächt. „Ja möchte ja gerne ausjehen, aber ich komme nicht mehr über'n Damm“.

Unter anderem kommen wir auch auf die Not der Künstler zu sprechen. Zille beklagt sich bitter darüber, daß die Stadt für den Ankauf einer antiken Statue eine halbe Million Mark ausgeben will, für die lebenden Künstler, die doch zum größten Teil Hunger leiden, aber nichts übrig hat. „Sie wollen ja gar nichts geschenkt haben, aber abkaufen soll man ihnen doch etwas“.

Von seinen Spagen erzählt der Meister, die er regelmäßig füttert und die ihn ganz genau kennen. „Das is'ne Blase. Aufrecht-mäßige Art, mit Vierbeinchen und so, können die sich gar nicht mehr ernähren. Und schlau sind die Viecher. Sie haben immer einen Hochposten ausgestellt, der, wenn ich rangehe und mein Signal pfeife, wegfiegt und die anderen ranholt. Dann fressen sie soviel von den gemaischten Semmeln, daß sie ordentlich dicke Bäuche bekommen und gar nicht mehr richtig fliegen können“. Sein Gesicht überfließt ein Lächeln, wenn er von seinen Spagen spricht und die ganze Liebe, die er auch für den „fünften Stand“ hat, liest man aus seinem gütigen alten Gesicht.

Auf die Not der Zeit kommen wir zu sprechen, auf Teuerung, Hunger und Vergnügungssucht. Genau so, wie nach 1870 wäre es, sagt Zille. Da konnten die Leute auch nicht genug bekommen von Vergnügungen und dergleichen. Von Gründern und Gründungen erzählt der Meister, denn er hat die Zeiten ja miterlebt als junger Burfsche.

Doch jetzt ist's Zeit für die Spagen. Der Meister hatte zur Stadt gemußt und da hatten sie erst einmal was geholt. Ich verabschiede mich von ihm, der mich noch freundlich bis zur Tür geleitet, und mir mit einem „Auf Wiederkehr“ die Hand schüttelt.

Rudolf Böffler.

Das Jubiläum des Deutschen Schauspielhauses in Hamburg. Nach einem internen Festakt am Vormittag folgte Dienstagabend vor einem freudig gestimmten Publikum der offizielle Jubiläumabend des Deutschen Schauspielhauses. Das Programm eröffnete ein szenischer Prolog „Flamme“ von Eduard Stauden, in dem drei alte Kämpfer des Hauses, Franziska Ellmentreich, Robert Hül und Karl Wagner, der großen Vergangenheit huldigten. Es folgte eine von Otto Joff zu diesem Tage geschaffene beitere „Stegreifkomödie“. Den Abschluß machte eine Heimarbeit der „Dichtergilde des Deutschen Schauspielhauses“. Improvisation im September. Unter den Beteiligten befanden sich Geheimrat Max Grube, der dritte Intendant der Bühne, und die beiden neuernannten Ehrenmitglieder, Ludwig Brahm und Martha Hochmann-Zipser. Der nicht endenwollende Beifall war von großer Herrlichkeit. Am kommenden Sonntag erreicht die Jubiläumswoche mit der Uraufführung des neuen Stücks Gerhart Hauptmanns „Beland“ ihr Ende.

Methusalem im Reich der Regenschirme. Wie alt wird ein Regenschirm? Das Problem ist nun aufgeworfen und wird von den angelsächsischen Blättern diesseits und jenseits des großen Teiches mit der Gründlichkeit, die die Sache fordert, erörtert. Zunächst kamen die Amerikaner mit ihrem Rekord von 45 Jahren, die Mister Alderman aus Plainfield, New Jersey, infolge einer Wette aufgestellt hatte. Der Rekord wird jetzt glänzend geschlagen von einer Engländerin, die sich in der Londoner Presse meldet und auf ihren Regenschirm hinweist, der ihr 61 Jahre treue Dienste geleistet hat. Sie schreibt aus Aneleworth in Hertshire, daß ihr Regenschirm ein Hochzeitsgeschenk im Jahre 1864 gewesen ist und daß sie nie einen andern Schirm benutzt hat. Er ist zweimal neu bezogen, und ihre Initialen am Griff sind fast unleserlich geworden, aber niemals ist ihm eine Rippe gebrochen oder hat er sonst einen ernstlichen Schaden davongetragen. Obwohl er aus dem „Viktorianischen Zeitalter“ stammt, hat er noch immer eine prächtige Form. Eine andere Engländerin kann zwar mit diesem Regenschirm-Methusalem nicht mithalten, aber den amerikanischen Rekord hat sie doch geschlagen, denn ihr Regenschirm ist 46 Jahre alt, hat noch immer den Originalstoff und -rahmen, und ist erst im vorigen Jahre neu bezogen worden. Eine andere Art Rekord stellt ein Bürger der Geburtsstadt Shakespeares, Mister Blabon auf, der seinen Schirm seit 55 Jahren besitzt, nachdem er ihn — fünfmal verloren und fünfmal wiederbekommen hat. ...

Rosid Kumbden hält am Donnerstag im Großen Schauspielhaus um 9 Uhr abends seinen Vortrag mit Lichtbildern über den „Palastjug vom Mai/Juni“.

Gerhart Hauptmann eröffnet am Mittwoch, den 7. Oktober 1925, im Vlenaral des Herrenhauses die diesjährigen Dichterabende des Verbandes deutscher Erzähler mit einer Vorlesung aus seinen Werken. Der Kartendruck hat bekommen. — Die folgenden Abende haben übernommen: Hermann Stehr für den 9. Des., Jakob Schallger für den 13. Jan. und Jakob Balkmann für den 14. März (Reichstag). Noch nicht festgelegt sind die Termine der Vorträge von Heinrich Mann und Arthur Schnitzler.

Das Pbilharmonische Orchester veranstaltet unter Leitung von Otto Wittenhagen in der Singalademie am Donnerstag, dem 17. September, abends 8 Uhr, ein köstliches Vokalkonzert mit folgendem Programm: Vokalspiel zu „Die Meisterkinder von Nürnberg“, A. Wagner; Konzert D-Dur op. 85 für Violine mit Begleitung des Orchesters, V. Tschalkowsky; Sinfonie Nr. 4, E-Moll, J. Brahms. Eintritt 40 Pf. Programm 10 Pf.

Druckfehler. Das im Vorgenannten erwähnte Institut, zu dessen Einweihung Deutschland eingeladen wird, heißt: Institut international de cooperation intellectuelle.

Der Operellenkomponist Leo Fall ist nach kurzer, schwerer Krankheit vergangene Nacht in Wien gestorben.

Eine neue Volkshochschule in Leipzig. Am 17. September wird in Leipzig eine neue prächtige Hörsäle eröffnet werden. Zugleich werden der Deutschen Zentralstelle für volkstümliches Bücherwesen neue angeordnete Räume zur Verfügung gestellt. Damit wird die deutsche Volkshochschulbewegung einen neuen kräftigen Antriebsimpuls erhalten. Der Gründungsausschuss werden eine Reihe ständiger Volksbildungsleiter aus dem Reich und aus Deutschland, ferner Vertreter von Volkshochschul- und Kulturanstalten und von Regierungen und Verbänden beizugehen.

„Gestohlene Briefe.“

Der entrüstete Dr. Jarres.

Wir haben vor einigen Tagen den Brief des Oberbürgermeisters Dr. Jarres aus Duisburg an die „Rhein- und Ruhrzeitung“ veröffentlicht, in dem Jarres sich bitter über die nationale Unzuverlässigkeit der bürgerlichen Presse beschwert. Herrn Dr. Jarres ist diese Veröffentlichung offenbar außerordentlich unangenehm gewesen. Wir hoffen, nicht etwa deshalb, weil es ihm schwer fällt zu seinen Worten zu stehen. Dr. Jarres beschwert sich in einem Brief an die „Duisburger Volksstimme“ über die Veröffentlichung. Und dieser Brief spricht für den Deutschen aller Deutschen so sehr, daß wir ihn wörtlich mitteilen möchten:

„In Nr. 209 vom gestrigen Tage bringt die „Volksstimme“ einen Brief von mir an den Hauptschriftleiter Ludo der „Rhein- und Ruhrzeitung“ vom 30. Dezember 1922 zum Abdruck. Dieser Brief kann nur aus unläuterem Wege in den Besitz dieser Zeitung gelangt sein. Es handelt sich um ein rein privates Schreiben, das nicht für die Öffentlichkeit bestimmt war. Meines Wissens gehörte es bisher zu den guten journalistischen Gepflogenheiten, auch im publizistischen Kampf öffentlich persönliche Schreiben ohne Einverständnis des Absenders nicht zu veröffentlichen. Ich muß Ihnen mein Bestreben zum Ausdruck bringen, daß Sie von dieser guten Sitte abgewichen sind und sich für berechtigt gehalten haben, mein Schreiben abzuveröffentlichen.“

Im übrigen bin ich der Ansicht, daß es völlig mäßig ist und den Frieden in der Bevölkerung nützlich fördert, wenn nachträglich nach Abzug der Befragung darüber gestritten wird, wer in schwerer Zeit am besten auf dem Posten gewesen ist. Jeder, der in jener Zeit des Kampfes seine Person und seine Sache nicht geschont hat, hat eine selbstverständliche Pflicht erfüllt und mag sich mit dem Bewußtsein dieser Pflichterfüllung begnügen. Die Möglichkeiten, in dieser Hinsicht hervorzutreten, waren sehr verschieden, und auch die Auffassungen über das Mögliche und Vertretbare mögen auseinander gegangen sein. So habe ich damals weitgehende Erwartungen an die hiesige Presse gestellt; es liegt mir jedoch fern, nachträglich noch darüber zu richten, ob meine Auffassung in jeder Hinsicht gerechtfertigt war. Ueber derartige Gradunterschiede nationalen Handelns nachher spitzfindig zu urteilen, erscheint mir völlig wertlos. Nur wer offensichtlich nicht im deutschen Lager gestanden hat, der mag und soll gebrandmarkt bleiben.

Herrn Hauptschriftleiter Ludo habe ich Abschrift dieses Schreibens mit dem Anheften der Veröffentlichung übersandt.

Mit vorzüglicher Hochachtung gez. Dr. Jarres.

Die Entrüstung des Herrn Dr. Jarres über die Veröffentlichung seines Briefes ist in diesem Falle vollkommen unangebracht. Seine Parteifreunde sind es, die in der widerwärtigsten Weise mit gestohlenen Dokumenten den politischen Kampf verpestet. In diesem Falle aber handelt es sich einfach darum, daß die Wiedergabe der Feststellungen, die Jarres selbst in seinem Briefe bereits 1922 treffen mußte, in der Abwehr gegen die deutschnationalen Verleumder notwendig war.

Gerade die „Splitterrichterei“, die Dr. Jarres als wertlos bezeichnet, ist die besondere Eigentümlichkeit der Deutschnationalen und Bäckischen. Jarres wird nicht unbekannt sein, daß die deutschnationalen Parteileitung auf Anregung ihres Landtagsabgeordneten Bachem Rundschreiben an ihre Organisationen im Rheinland losgelassen hat, um „antinationale Handlungen des Zentrums“ aufzustellen und gegen den Bundesgenossen in der Regierung Material zu sammeln. Mit dem Tage, an dem die Belagerung des Ruhrgebietes und Duisburg verlassen hat, beginnen die politischen Kläffer, unterstützt von den Deutschnationalen, mit einer widerlichen Hege gegen alle übrigen Parteien, nicht zum wenigsten gegen die Sozialdemokratie. Die Splitterrichter sitzen also im Lager der Kreise, die Jarres als den „Deutschesten aller Deutschen“ zum Präsidentschaftskandidaten gemacht haben. Die Empfindlichkeit des Herrn Dr. Jarres über die Veröffentlichung seines Briefes ist dann in diesem Falle alles andere als angebracht. Wenn er wirklich zu seinen Worten stünde, dann hätte er in jedem Fall alle Veranlassung, sich auch heute unaufgefordert gegen die demagogische Hege seiner Freunde zu wenden.

Friz Kunert 75 Jahre.

Einer von der alten Garde, der langjährige Redaktionssekretär des „Vorwärts“ und Reichstagsabgeordneter von Halle, Saalkreis, Genosse Friz Kunert, ist nun 75 Jahre alt geworden. Sein Leben, ganz der Arbeiterbewegung gewidmet, liegt offen vor den vielen älteren Parteigenossen, die ihn kennen und schätzen. Agitator, Organisator, Redakteur, oftmals Opfer der wilhelminischen Klassenjustiz und Polizei — es ließe ein Stück Parteigeschichte schreiben, wollten wir Kunerts Leben schildern. Genug für heute damit, daß er rüstig und frisch ist und daß wir ihn so weiter wünschen, damit wir zu seinem 80., wenn nicht wieder gerade der Parteitag allen Raum beansprucht, den Jüngeren mehr von ihm erzählen können!

Deutsche „Justiz“.

Verhaftung wegen einer Schrift gegen den Krieg.

Leipzig, 16. September. (Eigener Drahtbericht.) Der frühere Sekretär der Gemeinschaft proletarischer Freiendker Karl Otto Wolf ist wegen einer Broschüre „Krieg dem Krieg“, die in seinem Verlag „Die Wölfe“ erschienen war, verhaftet worden. Die Schrift wurde bereits vor einigen Tagen beschlagnahmt.

Die deutsche Staatsanwaltschaft und Richterschaft, die fordern durch den Mund des Mermelsschwärzers Dr. Müller-Meinigen am „Deutschen Richteramt“ in Augsburg ihr deutschnational-deutschpöbelisches Glaubensbekenntnis abgelegt hat, scheint die neueste Kampagne gegen deutsche Arbeiterdichter auf die Spitze treiben zu wollen. Während sie sich bis jetzt wegen der angeblichen Propagierung des Klassenkampfes und Bürgerkrieges in völlig unverständlichen Urteilen gegen Literaten, Dichter und Journalisten gewandt hat, ohne ihren Opfern irgendwelche kriminell ernstzunehmende Vorbereitungsmaßnahmen nachweisen zu können, stellt sie nunmehr den Kampf gegen den Krieg unter das Strafgeßel.

Die Schrift Otto Wolfs „Krieg dem Krieg“ enthält auch nicht eine Zeile, welche die Aufhebung gegen die Staatsgewalt in irgendwelcher konkreter Form fordert; allerdings stellt sie ein glühendes Bekenntnis gegen den Krieg dar.

Es wird ein höchst interessanter Prozeß werden, der einen kriegsgegnertlichen Dichter wegen Vorbereitung zum „Landesverrat“ vor die Geschworenen bringt, ein Monstreprozeß des politischen Kontrotts der deutschen Richterschaft. Wellecht überlegt sich der Herr Oberstaatsanwalt noch einmal die Folgen dieses Schrittes und einer Ruhmestat, über die sich seine amerikanischen Kollegen in „Montenapole“, in der „Assenstadt“, zu Tode ärgern würden — aus Reid über die deutsche Konkurrenz.

Sonniger Nachmittag in Werder.

Der richtige Berliner fährt nur zur Baumbilts nach Werder, wenn dort Wege und Stege überflutet sind von Menschenmassen. Er weiß nicht, daß die Werderische Landschaft an sich eine der schönsten ist, wenn nicht gar die schönste, die in der leicht erreichbaren Nähe zu finden ist. Keine Bahnstunde von Berlin und man ist in einer anderen Welt. Noch hat kaum ein Kühlwagen die Blätter gefärbt. Alle Kirschen, Äpfel- und Birnenbäume stehen noch im vollen grünen Schmuck. Wieder stehen, wie zur Kirchweih, Leitern an den Bäumen, aber jetzt gilt es der letzten Ernte, den Kirschen. Und in den Höfen duftet es weithin nach frischem, köstlichen Obst. „Obst macht gesund, drum ziehe nach Werder“, so lautet der Wertpruch der Werderischen Verkehrsposilla, der gar nicht so übel ist. Noch immer führt Deutschland 90 Proz. seines Obstverbrauches aus dem Ausland ein. Wir können also noch viel mehr Obstzüchter brauchen.

Die Wege in und um Werder sind an so einem Wochennachmittag völlig einsam. Aus den Gärten schallen die Stimmen der Fleißigen. Ganz langsam steigt man zur Höhe. Weithin fällt das Land zum Horizont ab. Man klimmt aber einen zinnengekrönten Turm des Bergrestaurantes, empor und steht nun in der Mitte eines Panoramas, das seinesgleichen kaum hat. Die vom reinen Himmel atlassblaue Havel fällt sich wie ein breiter Gürtel. Man sieht die Höher Berge bei Brandenburg und die Turmspitzen der uralten Havelstadt selber. Man sieht gen Norden tief in das Havelland hinein dem unsichtbar werdenden Lauf der Havel nach. Man sieht von Potsdam Schlösser und Türme. Aus der Potsdamer Forst ragt das breite Waffel des Raubensberges auf. Und dann nach Süden Geltow Kaputh und sein aussichtsreicher Krähenberg und die mächtig sich gebenden Höhen dahinter. Das alles sieht man im frohen Glanz einer herblich durchsonnten Luft. Tiefe Stille herrscht auf dem Weg, der über den Höhenrücken der Obfberge in die Stadt hinunterführt. Untermwegs lernt man einen „Enkel des Heidelberger Fasses“ kennen, rund 8888 Liter fassend.

Die Stadt Werder liegt ganz von Wasser umgeben, ein richtiges Inselstädtchen. Ein märkisches Kleinstadtdiözel. Man findet Häuschen, in deren Ranken man sich bequem hineinschwingen kann. Das „Kammerfensterlin“ — weiß man's denn — muß hier leicht sein. Wer Lust hat, läßt sich von hier über die Havel setzen und wandert in 1½ Stunde auf schönsten Pfaden nach Station Wildpark zurück. Wen's aber geflügelt die Werderische Straßenbahn zu benutzen, der tue es mit stillem Ergötzen. Sie ist wie aus dem Verkehrsmuseum zurückgekauft, wird von Pferden betrieben und wenn der Wagen sehr voll ist und der Herr Fahrleiter kassieren muß, überläßt er die Pferdeführung solange einem freundlichen, hilfsbereiten Knaben, der Wagen, Pferd und Insassen so sicher wie der Fahrer selber zum Bahnhof bringt.

„Der schwarze Off.“

Ein Posteinbrecher gefaßt.

Ein Einbruch in das Postamt Teltow, der in der Nacht zum 27. August verübt wurde, ist jetzt zum Teil aufgeklärt. Einer der Verbrecher ist bekannt, aber noch nicht ergriffen.

Vor dem Postamt waren in jener Nacht drei Männer beobachtet worden, die im tiefen Schatten der Bäume dem Gebäude gegenüberstanden. Als die drei merkten, daß ein junger Mann sie wahrgenommen hatte, gingen sie davon. Im Laufe der Nacht kehrten sie jedoch zurück, öffneten den Torweg und die Türen zum Dienst- und Packraum und stahlen sechs Pakete mit Kunstseide, Gummimanteln und Wurstwaren und mehrere Briefe, darunter einen, der einen Scheck über 29,04 Mk. enthielt. Die Ermittlungen ergaben, daß ein junges Mädchen diesen Scheck auf der Bank eingereicht und das Geld dafür erhalten hatte. Das Mädchen wurde ermittelt. Es hatte im Auftrage eines 23 Jahre alten Schiffszehlers Erich Heyn gehandelt, der am 22. April d. J. aus dem Justizhaus Unterarmfeld in Thüringen entwichen ist und seitdem gesucht wird. Dieser Heyn, in seinen Kreisen der „schwarze Off.“ genannt, ist einer der Einbrecher von Teltow. Sein erster Versuch, den kleinen Scheck durch ein Mädchen zu Geld zu machen, scheiterte, weil der Scheck kein Giro trug. Darauf lud er einige ihm bekannte Mädchen zu einem Kaffeetrinken und ließ dabei das eine Mädchen Kokain schnupfen. Im Kokaintausch konnte er mit dem Mädchen machen, was er wollte. So gitierte es ihm auch den Scheck, ohne zu ahnen, daß der Scheck, den er ihm vorlegte, ein Wertpapier war. Dann schickte er mit dem jetzt vollständigen Scheck ein anderes Mädchen nach der Bank und erhielt das Geld.

Drei Straßenbahnunfälle an einem Abend.

Es scheint wieder einmal in eine Uera der Straßenbahnunfälle hineinzugehen. Am Dienstagabend ereignete sich in der Wilmersdorfer Straße Ecke Kurfürstendamm ein schwerer Straßenbahnunfall. Ein Straßenbahnzug der Linie 79 fuhr infolge Versagens der Bremsen auf einen an der Haltestelle stehenden Triebwagen der Linie 76 auf. Die Perrons wurden schwer beschädigt und 8 Fahrgäste teils durch die Wucht des Zusammenstoßes und teils durch herumfliegende Glasplitter verletzt. Sämtliche Verletzten konnten nach Anlegung von Retortenbänden in einer nahegelegenen Rettungstaste in ihre Wohnungen entlassen werden, bis auf eine Dame, die mit einem Revolverschuss in das Krankenhaus Achenbachstraße eingeliefert werden mußte. — Fast zu gleicher Zeit stieß in der Wiener Straße Ecke Lausiger Straße ein Straßenbahnzug der Linie 191 mit einer Krautbrosche zusammen. 3 Personen zogen sich Schnittwunden durch Glasplitter zu und eine Frau erlitt einen Nervenschock. Auch hier konnten sich die Verletzten nach Anlegung von Retortenbänden in ihre Wohnungen begeben. Durch den wuchtigen Anprall war der Triebwagen aus den Gleisen gesprungen, so daß noch eine längere empfindliche Verkehrsstörung eintrat. — Der dritte Unfall ereignete sich abends gegen 10½ Uhr im Osten Berlins in der Borhagener Straße. Dort fuhr ein Wagen der Linie 9 auf den Anhänger des Straßenbahnzuges 113 mit solcher Wucht auf, daß sämtliche Scheiben zertrümmert und der Hinterrücken schwer beschädigt wurden. 7 Personen erlitten größtenteils Schnitt- und leichtere Quetschungen und fanden auf der Rettungsstelle in der Warschauer Straße erste Hilfe. Auch diese Personen konnten sich sämtlich in ihre Wohnungen begeben. Die Ursachen des Zusammenstoßes sind noch nicht aufgeklärt.

Kinderfest im Volkspark Tempelhofer Feld.

Das für den Sonntag vom Bezirksjugendamt Neukölln im Volkspark Tempelhofer Feld geplante „Große Kinderfest“ sollte des unbeständigen Wetters wegen ausfallen. Sicherheitsbedenken war vereinbart worden, daß das Verbalten des Himmels zur Zeit der Mittagsstunde maßgebend für das Stattfinden des Festes sein sollte. Da es aber gerade um 1 Uhr in „Mollen“ vom Himmel heruntergeh, wurde das Fest endgültig abgelehrt. Aber bereits eine Stunde später durchlief freigeist die Sonne den dicken Wolkenschleier und ludte Tausende von Kindern und Erwachsenen nach dem Volkspark. Nun fand das Kinderfest doch noch statt, allerdings unter der Leitung der zahlreich erschienenen Mitspieler der „Schundabwehrstelle der Jugend“. In prächtiger Weise unterhielt sich die zahlreich erschienenen Juvenb. Eine Musikkapelle spielte lustige Volkslieder. Das Jungvolk tobte sich im Sackhüpfen, Eierlaufen usw. tüchtig aus und ab und zu bogelte ein Bombenregen hernieder. Auf der Freilichtbühne wurden noch Tanzvorführungen und Jugendspiele gezeigt. Die den Verfall der kleinen und großen Zuschauer fanden. Hier hatte man den Verdacht, daß auch mit geringen Mitteln inmitten der schönen Voranlagen den Kindern ein freudiger Nachmittag geboten werden konnte. Ganz nebenbei sei noch verraten,

daß eine große und sehr schöne Nobelbahn im Bau ist, die wahrscheinlich schon in diesem Winter der Jugend übergeben werden soll.

Wieder eine Brandstiftung.

Der Brandherd in einem Klavier.

Eine raffiniert vorbereitete Brandstiftung wurde heute von einem Wächter entdeckt, bevor sie großen Schaden anrichten konnte. Auf dem Grundstück Holsteiner Ufer 11 in der Nähe der Lessingbrücke in Moabit liegt ein kleines einstöckiges Gebäude, in dem sich im Querschnitt ein kleines Pianofabrik von Affler befindet. Der Wächter des Betriebes legt jeden Morgen zur bestimmten Zeit die Heizung in Gang. Auf seinen Rundgängen nahm er heute früh noch nichts wahr. Erst um 5½ Uhr, als er zum Heizen kam, merkte er an einem leichten Qualm, daß etwas nicht in Ordnung war. Er sah nach und entdeckte, daß es in einem Klavier brannte. Mit einigen Eimern Wasser löschte er das Feuer und benachrichtigte dann den Fabrikbesitzer. Von diesem unterrichtet, rief das 21. Revier die Brandkommission.

Die Kommissare entdeckten in dem Brandherd überraschende Vorbereitungen. Das Klavier war mit Lumpen gefüllt. Von ihm aus führten fünf Wollschnüre, zum Teil unter Hobelspänen entlang, nach fünf verschiedenen Stellen des Raumes. Sie waren mit einer Flüssigkeit getränkt. Eine Schnur im Innern des Instrumentes hatte sich bereits entzündet und die Lumpen angeleigt. Wäre der Wächter nicht zur rechten Zeit noch dazu gekommen, so hätten auch die anderen fünf vorbereiteten Herde in Brand geraten können, und das Feuer hätte ohne Zweifel das ganze Gebäude in Asche verwandelt. Die Ermittlungen der Brandkommission sind noch nicht abgeschlossen. Die Feuerwehr brauchte diesmal nicht gerufen zu werden.

Ein hiebzijähriger Parteiveteran.

Am heutigen Tage vollendet Genosse August Pohl sein 70. Lebensjahr. Sein proletarisches Klagengefühl zog den Genossen Pohl schon frühzeitig in die sozialistische Bewegung hinein. Bereits 1878 war er politisch tätig. 1884 gründete er mit Parteifreunden den Arbeiterbezirksverein „Glückauf“, dessen Vorstand er auch angehörte, um sich später an dem Bezirksverein „Vorwärts“ zu beteiligen. In der damaligen schweren Zeit nahm Pohl alle Mühen, Opfer und Gefahren ruhig auf sich, immer als Bezirksführer wirkend. Die Genossen des 3. Kreises, als dessen Vorsitzender er lange Zeit erfolgreich tätig war, sandten Pohl wiederholt auf die Parteitage, in einem Falle auf den Internationalen Kongress. Auch in der gewerkschaftlichen Bewegung Berlins hat Pohl in den achtziger Jahren als Metallarbeiter in der wirksamsten Weise die Interessen seiner Berufskollegen vertreten, nicht ohne deswegen oft gemahregelt zu werden. Nach den ereignisreichen Tagen des 9. November 1918 wurde August Pohl Amtsgehilfe im Bureau des Reichspräsidenten und der erste Reichspräsident Friedrich Ebert hat in ihn einen gewissenhaften und zuverlässigen Mitarbeiter gehabt. Nur der Plagegeist Rheumatismus zwang unseren Alten, mehr als ihm lieb ist, zum Verzicht auf die schwer zu missende Parteiarbeit. Hoffen wir, daß es dem Geburtsstagskind vergönnt ist, noch recht lange seine Kräfte der Partei zu widmen. In einer Zeit wie die heutige, können solche kampferprobten Genossen wie August Pohl, die unbeirrt und unbedürftig um alle Umlerner ihren Weg gehen, nur vorbildlich wirken.

Der arme Belle-Alliance-Platz.

Manche Straßen und Plätze in Berlin können sich keines halden Friedens erfreuen. Sofort, wenn sie gerade neu asphaltiert worden sind, werden sie aufgerissen, weil irgend etwas Wichtiges vergessen worden ist. Am bedauerndsten ist in dieser Beziehung ein natürlich Platz, unter denen die Ufergrundbahn geführt wird und die sich eines ausgedehnten Straßenbahnverkehrs erfreuen. In der Reihe dieser besagten Stellen steht der Belle-Alliance-Platz an hervorragender Stelle. In der Kriegszeit eine einzige Apokalypse, wegen der Anlegung eines Ufergrundbahnhofes vollkommen aufgewühlt, erhielt er endlich eine neue Asphaltierung. Aber der Friede dauerte nicht lange. Seit drei Monaten arbeitet nun die Straßenbahn an der Neulegung der Gleise. Zuerst baute man wochenlang auf der östlichen Seite an der Neulegung eines zweiten Schienenstranges, weil der westliche ausgetauscht werden mußte, der auch, wie es einmal so gar hieß, ganz eingezogen werden sollte. Jetzt reißt man den provisorischen Blicken wieder heraus und legt doch wieder einen westlichen Strang. Augenblicklich arbeitet man mit einem einseitigen Tätigkeitsfieber. Hoffentlich kommt der Belle-Alliance-Platz, der ja doch aneblich durch die Gleisverlegung eine Umgestaltung erfahren sollte, bald und endgültig zur Ruhe.

Uebertritt zur SPD. Die Stadtoberordnete, Frau Berta Lungwih, bisher dem Soz. Bund angehörend, ist zur Sozialdemokratischen Partei übergetreten.

Billiges Krabbenfleisch. Die beiden Vereine der Fleischhändler und der Ränderwarenhandlender von Groß-Berlin E. B. veranstalten zwei preiswerte Verkaufstage von entzückendem Krabbenfleisch am Donnerstag den 17. September und Freitag den 18. September. Es kostet ein Viertel Pfund 35 Pfennig. Das Krabbenfleisch ist ein nahrhaftes, wohlschmeckendes und wegen des Eiweißgehalts ein sehr beförmliches Nahrungsmittel und deshalb als Zuspitze sehr beliebt.

Wasserflugzeugunglück in Bremen.

Zwei Passagiere ertrunken.

In Bremen hat sich am Dienstagabend ein schweres Wasserflugzeugunglück ereignet, das leider zwei Menschenleben forderte. Ein in Bremen stationiertes offenes Junkers-Wasserflugzeug, das von Bremerhaven kam, mußte aus unbekanntem Gründen in völliger Dunkelheit gegen 10 Uhr abends außerhalb des Wasserflugzeughafens auf die Weser niedergehen. Infolge mangelnder Sicht schlug die Maschine so hart auf das Wasser auf, daß sofort beide Schwimmer verloren gingen, das Flugzeug sich überschlug und im nächsten Augenblick versank. Der Pilot konnte gerettet werden, während die beiden Passagiere, der Leiter des Nordseebäderdienstes Winter und der Leiter der Bremer Flugpolizei, die von einer Konferenz in Bremerhaven kamen, ertranken.

Massenerkrankungen an gehacktem Rindfleisch.

In Barmen sind Massenerkrankungen nach dem Genuß von Hackfleisch eingetreten. Eine der erkrankten Personen ist gestorben. Nach den Mitteilungen des Kreismedizinalrats Dr. Kriege in der Barmen Stadtdirektion sind insgesamt 97 Personen erkrankt. Einer weiteren Ausbreitung der Erkrankungen wurde dadurch vorgebeugt, daß die Reststücke des Fleisches, durch das die Erkrankungen hervorgerufen wurden, eingezogen werden konnten. Unter den Erkrankten liegen noch einige schwer darnieder. Lebensgefahr besteht jedoch nicht mehr, so daß es voraussichtlich bei dem einen Todesfall bleiben wird. Der Schlachthofierarzt hat die bakteriologische Untersuchung geleitet und berichtet, daß das Fleisch des Tieres vollkommen frisch ausgesehen habe; außerdem habe es keine verdächtigen Kennzeichen getragen. In allen bakteriologisch untersuchten Teilen seien Bakterien des Paratyphus enteritis in großer Anzahl gefunden worden. Die Schuldfrage ist noch nicht geklärt.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Eine Protest-Rundgebung gegen den neuen Reichsaufsatzgesetzentwurf findet morgen Mittwoch, abends 7½ Uhr, in der Aula des Realgymnasiums an der Wilmersdorfer Straße, 11. statt. Referent ist Stadtrat Otto Sieder. Alle Eltern und Lehrer der 30 weiblichen als auch der anderen Schulen sind eingeladen.

Gewerkschaftsbewegung

Klagen über Facharbeitermangel.

Wenn ein Blatt wie die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“ (Nr. 213, September) ein Thema behandelt, das sich auf die Arbeitnehmer bezieht, so geht es nicht ohne Anwürfe gegen die Arbeiter ab.

„Raum ein einziger erwerbsloser Facharbeiter in Berlin bezieht Erwerbslosenunterstützung. Das beweist, das auch den tatsächlich erwerbslosen Facharbeitern vom Arbeitsnachweis durchweg Arbeitsgelegenheit nachgemessen werden kann, daß sie aber hiervon keinen Gebrauch machen und daß ihnen darum die Unterstützung entzogen werden muß.“

Da die Tatsache, daß auch Facharbeiter arbeitslos sind, zugegeben werden muß, wird sie durch die ziemlich deutliche Unterstellung umzubiegen versucht, die heute noch arbeitslosen Facharbeiter seien lediglich Arbeitslose, deren Arbeitslosigkeit gegen den Facharbeitermangel nichts besage. Das ist kennzeichnend für die Art von Objektivität, in der insbesondere die Presse der Schwerindustrie Arbeiterfragen zu behandeln pflegt. Wir bestreiten nicht, daß arbeitslose Facharbeiter nicht die erstbeste Arbeit, die ihnen angeboten wird, sei es in ihrem Fach oder sonst irgendwo, annehmen. Aber nicht etwa aus Arbeitslust, sondern deshalb, weil sie Facharbeiter sind. Ein Facharbeiter wird sich, solange es irgend geht, dagegen sträuben, eine schlechter bezahlte Arbeit als Ungelernter anzunehmen und muß sich auch dagegen wehren, sich in seinem Fach zum Lohnrücker degradieren zu lassen. In diesem Widerstand wird er von seiner Fachorganisation bestärkt. Wer die Facharbeit fördern will und über Facharbeitermangel ein Klagegeld onstimmte, muß sich wohl oder übel mit diesem Verhalten der Facharbeiter abfinden und darf es nicht in einer Weise mißdeuten, wie es der „Bergwerks-Zeitung“ beliebt. Wer über Facharbeiter gebraucht, muß auch Facharbeiterlöhne zahlen und darf nicht, wie es insbesondere während der Inflationszeit geschehen ist, die Facharbeiter durch Hungerlöhne ins Ausland treiben und die Saisonarbeiter in fremde Betriebe, in denen sie dauernde, wenn auch geringer bezahlte Arbeit als Ungelernte haben. Eine genaue Feststellung darüber, wie viele der „Ungelernten“ in der Industrie in regelrechter Vehrzeit ein Fach erlernt und es an den Nagel gehängt haben, würde die Klagen über Facharbeitermangel in anderer Beleuchtung erscheinen lassen, als es in der Unternehmerpresse geschieht. Ganz abgesehen von dem rückständigen Abbau auch von Facharbeitern, der in letzter Zeit, insbesondere im Kohlenbergbau und der Hüttenindustrie vorgenommen wurde.

Schließlich stellt auch die Tatsache des starken Belegschaftswechsels ein wichtiges Symptom für den Mangel an Facharbeitern dar. Vor dem Kriege nahm man an, daß eine Belegschaft sich im Jahre gerade einmal umschle, daß der Belegschaftswechsel pro Jahr also durchschnittlich 100 Prozent betrage. Heute beträgt er das 3- bis 4fache. Vom Verband Berliner Metallindustrieller wurde ausgerechnet, daß der Arbeiterwechsel pro Woche zirka 5 bis 7 Prozent der Belegschaft beträgt. Die Erfahrung zeigt, daß der Wechsel gerade unter den Facharbeitern und hier wieder unter den langgedienten, älteren Leuten besonders stark zugenommen hat.

Sind diese hier aufgestellten Behauptungen richtig, dann lohnt sich für die Industriellen immerhin eine gründliche Nachprüfung der Ursachen. Wenn heute trotz der so unsicheren Existenzverhältnisse der Arbeiter und trotz der im Verbands Berliner Metallindustrieller durchgeführten Lohnnivellierung der Wechsel so groß ist, dann erfolgt er doch sicher nicht aus Uebermut und zum Zeitvertreib. Auf diese heikle Frage geht jedoch das genannte Unternehmensblatt mit feiner Silbe ein.

Es geht vielmehr zur Frage des beruflichen Nachwuchses über. Der Geburtenausfall während der Kriegsjahre wird sich nämlich während der Jahre 1929 bis 1933 bemerkbar machen. Die Zahl der jungen, billigen Arbeitskräfte wird dann um nahezu ein Viertel geringer sein. Wie stark die Befürchtungen über einen sich daraus ergebenden Facharbeitermangel übertrieben werden, ergibt sich aus einer Berechnung, die der Geschäftsführer des Arbeitgeberverbandes in Remscheid, Dr. Veger, vorgenommen hat. In Remscheid, bei einer Belegschaft von etwa 25 000 Arbeitern, würden in etwa 5 Jahren nur noch etwa 125 Lehrlinge zur Verfügung stehen. Denn nur ungefähr 45 Proz. der Fortbildungsschüler kämen für eine Ausbildung als Facharbeiter in Betracht. Im Rahmen dieser Polemik können wir auf dieses sich für die nächsten Jahre ergebende Problem nicht eingehen. Bemerkenswert ist jedoch, daß hier, wo es sich um die Gefahr eines künftigen Facharbeitermangels handelt, die „Bergwerks-Zeitung“ zu beachtenswerten Vorschlägen kommt.

Grundsätzlich muß jeder Betrieb seinen eigenen Bedarf an Facharbeitern durch Ausbildung von Lehrlingen selbst decken, wobei die Freizügigkeit der Ungelernten gewahrt bleiben muß. Die Firmen, die sich dieser Aufgabe entziehen, müssen durch ihre Verbände zur Erfüllung angehalten werden.

Die Kosten der Lehrlingsausbildung sollen — für die Unternehmer — möglichst verringert werden. Es wird auf Lehrlingswerkstätten verwiesen, die sich vollkommen selbst tragen. Aber auch — den Lehrlingen ist ein Anreiz zur Facharbeiterausbildung dadurch zu geben, daß man ihnen die finanziellen Lasten der Ausbildung leicht macht; man könnte ihnen eine Erziehungsbeihilfe geben, sie durch Verfügungstellung von Arbeitskleidung, Gewährung von Freizeiten usw. unterstützen.

Sa, warum ist das bisher nicht schon geschehen? Weil man es nicht zu haben glaubt. Gerade die Industrie, die eine vierjährige Lehrzeit fordert, speist die Lehrlinge mit einer so spottschlechten Entschädigung als Kostgeld ab, daß es vielen Arbeitern finanziell unmöglich ist, ihre Söhne in die Lehre zu geben. Dennoch ist das Angebot von Lehrlingen heute zu groß, da sonst die Lehrlingen gewarnt wären, anständigere Bedingungen zu stellen.

Die „Bergwerks-Zeitung“ kommt schließlich auch zum Kernpunkt des Facharbeitermangels:

„Das wesentliche Moment ist jedoch, daß durch eine vernünftige Lohnpolitik die Spanne zwischen gelerntem und ungelerten Arbeitern wieder so hoch gesetzt wird, daß tatsächlich ein Anreiz zur Ausbildung entsteht.“

Eine vernünftige Lohnpolitik, das ist in der Tat der springende Punkt. Dabei kommt es aber weniger auf die Lohnspanne als auf die Lohnhöhe an. Nicht darauf, daß durch Herabdrückung der Löhne der Ungelernten und Stabilisierung der jetzigen Facharbeiterlöhne die Spanne vergrößert wird, sondern darauf, daß die Löhne der Facharbeiter erhöht werden. Dann wird weder heute noch in den nächsten Jahren über Facharbeitermangel zu klagen sein.

Lohnbewegung der Brauereiarbeiter.

Eine Versammlung der Brauereiarbeiterfunktionäre am Dienstagabend im „Rosenthaler Hof“ beschäftigte sich mit der Lohnbewegung. Junghans vom Verband der Lebensmittel- und Getränkearbeiter berichtete über den Stand der Verhandlungen. Hodapp ergänzte den Bericht. Auf Drängen der Mitglieder der am Tarifvertrag beteiligten Organisationen wurde den Unternehmern durch den Lebensmittel- und Getränkearbeiterverband am 27. August die Forderung unterbreitet, angesichts der fortschreitenden Teuerung entweder den bis zum 30. September laufenden Tarifvertrag um einen Monat zu verlängern oder für die Laufzeit des Vertrages eine Wirtschaftshilfe zu gewähren. Da die Unternehmer darauf zunächst abweisend antworteten, wurde der Schlichtungsausschuß zur Regelung der Angelegenheit angerufen. Inzwischen haben sich die Unternehmer aber zu Verhandlungen bereit erklärt, die am 22. September stattfinden sollen. Die Versammlung beschloß, das Verfahren vor dem Schlichtungsausschuß solange auszusetzen, bis die Verhandlungen mit den Unternehmern erfolgt sind und dann sofort zu dem Verhandlungsergebnis Stellung zu nehmen.

Sattler, Tapezierer und Portefeuller.

Die vom Verband zu Dienstagabend einberufene Betriebsräteversammlung beschloß sich mit den Wahlen der Betriebsrätevertretung zur Deputationsverwaltung. Mit großer Mehrheit wurden die Kandidaten der Amsterdamer Richtung, Pagels, Neumann und Wicke gewählt, der Kommunist Eichen bekam nur wenige Stimmen. Mit der Delegation zur Betriebsrätekonferenz am 4. Oktober wurden die drei Gewählten beauftragt. Aus der Mitte der Versammlung wurde der Vorschlag gemacht, auf den nächsten Betriebsräteversammlungen beherrschende Vorträge für die Betriebsräteprogras zu halten. Die SPD-Leute benutzten diese Gelegenheit zu dem Antrag, in der nächsten Zusammenkunft einen Bericht der Russlanddelegation entgegenzunehmen. Es wurde jedoch mit großer Mehrheit Uebergang zur Tagesordnung beschlossen.

Malier, Lackierer und Anstreicher.

In der Mitgliederversammlung am Freitag referierte der Bevollmächtigte Schiemann. Infolge der Verteuerung der Lebenshaltung hat die Organisation Lohnforderungen gestellt. Die Arbeitgeber des Malerergewerbes gebärdeten sich nun, als ob sie an die von Luther in Aussicht gestellte Verbilligungsaktion glauben. Nach stundenlangen Verhandlungen schlugen jedoch die Argumente der Arbeitnehmer durch und eine Lohnerhöhung von 10 Pf. zahlbar ab 19. September, wurde tariflich festgelegt. Schiemann legte dar, daß nur gestützt auf die organisatorische Macht der Organisation die Lohnzulage zu erreichen war. Durch Ausbau des Funktionsapparates, sowie durch ständige Informierung der Mitglieder über die wirtschaftlichen Vorgänge, werden wir jederzeit gerüstet den Schärftmaßnahmen gewisser Interessengruppen entgegenzutreten.

In der sachlich gehaltenen Diskussion, die zum größten Teile die Auffassung des Referenten unterstrich, wurde von der Opposition Berichterstatter der Russlanddelegation gefordert. Schiemann mandte sich gegen den Antrag, da es unmöglich sei, innerhalb sechs Wochen die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Verhältnisse eines riesigen Reiches kennenzulernen und es deshalb nicht angängig sei, daß die Russlandreisenden sich als Sachverständige über die vielen schwierigen Probleme aufspielen. Gegen 15 Oppositionsstimmen wurde die Berichterstatterung abgelehnt.

Hierauf berichtete Bezirksleiter Jakob über die Ergebnisse des Breslauer Gewerkschaftskongresses. Durch Zustimmung bewies die Versammlung, daß sie mit der Haltung des Delegierten einverstanden war. Wegen vorgerückter Zeit wurde die Diskussion vertagt.

Gemeindearbeiterbewegung im Rhein-Maingan.

Darmstadt, 16. September. (Eigener Drahtbericht.) Der Bezirksarbeitsgeberverband der Gemeinde- und Kommunalarbeiter hatte die Forderungen der Gemeindearbeiter abgelehnt. Der dann gefällte Schiedsspruch wurde von beiden Seiten abgelehnt. Die 14 000 Gemeindearbeiter in Frankfurt, Offenbach, Hanau, Darmstadt, Worms, Wiesbaden, Mainz, Bingen und Höchst waren entschlossen, in den Streik einzutreten. Die weiteren Verhandlungen ergaben für verschiedene Städte des Wirtschaftsbezirks eine die Arbeiter befriedigende Regelung, so daß keine Arbeitseinstellung erfolgte.

In Frankfurt a. M. wurde der Lohn um einen Pfennig über den Schiedsspruch hinaus erhöht. In Darmstadt dagegen kam es zum Streik. Der Vertreter der Stadtverwaltung erklärte, daß alle streikenden Arbeiter als entlassen zu betrachten seien. Die Arbeiter sind entschlossen, den Streik solange durchzuführen, bis die Entlassungen zurückgenommen sind. Mit der Frankfurter Regelung könnten sich auch die Darmstädter Gemeindearbeiter einverstanden erklären und würden die Arbeit wieder aufnehmen.

Nach Berichten aus Frankfurt a. M. beträgt die Zulage für Frankfurt a. M. und Offenbach 2 Pf. über den Schiedsspruch hinaus, für alle übrigen Orte im Rhein-Mainischen Bezirk 1 Pf., so daß die Bewegung beendet ist. Das neue Lohnabkommen gilt bis zum 30. November.

Der Schiffahrtstreik geht weiter.

Trotz des scharfen Vorgehens der Gerichte gegen die Streikenden durch Verurteilung zu Gefängnisstrafen kommt die Schiffahrt in Australien, Neuseeland und Südafrika nicht wieder in Gang. Die

Lage ist nach der „Daily Mail“ so ernst, daß die Schiffahrtsgesellschaften in England die Stilllegung eines Teiles der Linien nach Neuseeland, Australien und Südafrika erwägen. Die Anzahl der durch den Streik stillgelegten Dampfer ist zurzeit auf 73 zu schätzen, die zusammen eine Tonnage von ungefähr 750 000 Tonnen haben. Die infolge des Streiks in den letzten vier Wochen aufgetretenen finanziellen Verluste sind sehr groß.

Diese Erwägungen sind nicht ernst zu nehmen. Nichtiger wäre jedenfalls zu erwägen, wie weit man den Forderungen der Streikenden entgegenkommen kann, um den Streik endlich beizulegen.

Streik in den Bombayer Baumwollspinnereien.

London, 16. September. (M.) Der lange befürchtete Streik in den Baumwollspinnereien in Bombay ist gestern überraschend schnell zum Ausbruch gekommen. In einer Spinnerei ließen die Arbeiter und Angestellten in der Mittagszeit die Arbeit liegen und kehrten nicht wieder an ihre Arbeitsstätten zurück; innerhalb einer einzigen Stunde waren zwölf Spinnereien in Mitleidenschaft gezogen; 20 000 Arbeiter streikten.

Deutscher Gewerkschaftsbund, Fachgruppe der Kfz-er. Morgen, Donnerstag nachmittags 5 Uhr bei Lehmann, Hallesche Straße 24, Gesamtversammlungsamt. Erscheinen ist unbedingt erforderlich. Die Fachgruppenleitung.

Aus der Partei.

Der Verein „Arbeiterpresse“ hielt am 12. und 13. September unter starker Beteiligung in Heidelberg nach mehrjähriger Pause eine Hauptversammlung ab. Vorstand und Mitglieder haben auch in der Spaltungszeit einhellig zusammen gearbeitet. Der Verein löst seine Aufgaben wie die Aufstellung von Richtlinien für Arbeitszeit und Befoldung im Einverständnis mit dem Parteivorstand. Die Hauptversammlung beschloß, künftig auch Konferenzen für die einzelnen Berufsgruppen zu veranstalten, um dabei besondere Fragen zu besprechen, wie mit den Redakteuren und Geschäftsführern die Ausgestaltung der Arbeiterpresse, Gegenüber den Bestrebungen der Arbeitsgemeinschaft für das bürgerliche Zeitungsgewerbe eine besondere Penjionsklasse für Redakteure ins Leben zu rufen, erklärte die Hauptversammlung: Zweifello würde die geplante Versicherung einen wesentlichen Fortschritt für die Mehrzahl der bürgerlichen Journalisten bringen; für die Redaktionsmitglieder der sozialdemokratischen Presse bedeutet sie jedoch, auch wenn man von anderen Bedenken absteht, keinen Fortschritt, sondern gegenüber unserer Unterstützungsvereinigung einen wesentlichen Rückschritt. Der Verein „Arbeiterpresse“ kann deshalb nicht zustimmen, daß die Penjionsversicherung der Arbeitsgemeinschaft als allgemein verbindlich erklärt wird, ohne daß die Mitgliedschaft in der Unterstützungsvereinigung als gleichberechtigt anerkannt wird. Der Vorstand wurde beauftragt, diese Angelegenheit weiter zu verfolgen.

Der deutschösterreichische Parteitag ist auf den 13. November und die folgenden Tage nach Wien einberufen.

Die britische Arbeiterpartei hält ihren Parteitag am 24. September und den folgenden drei Tagen in Liverpool ab.

Sport.

Polizeisportverein gegen Teutonia.

Der Polizeisportverein und der Verein für Volkssport Teutonia veranstalteten im Saalbau Friedrichshain nationale Pokalkämpfe, die stark besucht waren. Im Eröffnungskampf Ludwig (PSV.) gegen Wagner (Teutonia) siegte ersterer, nachdem er zwei Runden entlassen im Nachteil war. Im nächsten Kampf standen sich Andreas (BC. 13) und Schmidt (PSV.) gegenüber, die beide gut und scharf kämpften. Schmidt distanzierte besser und wurde einstimmig zum Sieger erklärt. Im Weltergewicht kämpften Bogieslawski (Hannover) und Rühle (PSV.). Bogieslawski kämpfte mit allen Feinheiten und blieb Sieger. Die Halbflügelkämpfe Thill (Teutonia) und Kosner (Heros) zeigten einen schönen Kampf, der nach drei Runden unentschieden endete; in der vierten Runde wurde Thill Sieger. Im Federgewicht kämpften Berka (PSV.) und Romig (Heros). Letzterer wurde Sieger nach Punkten. Die Fliegengewichte Jonschker (Teutonia) und Walter (Westen): Walter hielt seinen Gegner drei Runden hindurch, ohne verwarnen zu werden. Jonschker erhielt den wohlverdienten Punktsieg. In rasendem Tempo kämpften dann Galkowski (PSV.) und Holzheuer (Hannover). Galkowski hatte das feinere Distanzierungsvermögen und wußte schneller zu landen, weshalb er auch nach Punkten siegte. Einer der interessantesten Kämpfe war der zwischen Panne (Teutonia) und Klein (Hannover). Panne, der zum fünfzigsten Male in den Ring trat, gab das rasende Tempo an, jedoch führte in der dritten Runde Klein, der auch zum Sieger erklärt wurde. Den Endkampf führten Schönroth (Krefeld), deutscher Meister 1925, und Schwerg (PSV.) aus, bei dem letzterer in der ersten Runde zu Boden fiel und durch Tieffschlag getroffen sein wollte, was das Schiedsgericht aber nicht feststellen konnte. Schönroth wurde Sieger durch Niederschlag.

Körners Protest abgewiesen.

Der Protest, den der Erichswergewichtsmeister Samson Körner gegen die Entscheidung des Kampfgerichts bei seinem Kampf mit Breitensträter eingelegt hat, ist gestern vom Verband deutscher Faustkämpfer abgelehnt worden. Der Verband hat zehn Stunden dazu gebraucht, ein Beweis dafür, daß die Protestgründe von Samsons Vertreter nicht ohne weiteres von der Hand zu weisen waren. Der Kampfstil, der gestern gezeigt wurde und der es ermöglichte, alle Phasen des Kampfes genau zu verfolgen — man gestattete den Pressevertretern, das Tempo der Vorkührung selbst zu bestimmen —, ließ in einigen Situationen die Proteste Samsons durchaus berechtigt erscheinen. Durch den Spruch des Verbandes ist Breitensträter nun also endgültig Deutscher Meister.

Verantwortlich für Text: Ernst Reuter; Bildhaft: Wilhe. Galenus; Gewerkschaftsbewegung: Friedr. Eger; Funktionäre: R. B. Höfer; Lokales und Sonstiges: Rich. Roth; Anzeigen: Th. Glaser; Geschäft in Berlin. Verlag: Hermann-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermann-Berlin-Verlag und Betriebsrat Carl Singer u. Co., Berlin SW. 66, Lindenstraße 1.

Berliner Elektriker-Genossenschaft
angeseh. dem Verb. sozialer Handbetriebe
Berlin N24, Elsäuser Str. 86-88
Fernsprecher: Norden 1198
Fillale Westen, Wilmersdorf
Landhausstr. 4 — Tel. Plätsberg 9331
Herstellung elektr. Licht-, Kraft- und Signalanlagen · Verkauf aller elektrischer Bedarfsartikel
Ausführung sämtl. Reparaturen
Preiswerte, gediegene Arbeit

Der gute Kapitän-Kamtabak
C. Röcker, Berlin
Lichtenberger Straße 22, Kgst. 3661

Schlafzimmer!

Eiche, prima Arbeit, kompl. mit Federboden-Auflage, echtem Marmor, Stühlen, Handtuchhalter

160 cm 180 cm gr. Schrank
695 M. 745 M. frei Haus
Auch Einzelstücke werden hervon abgegeben.

Paul Neugebauer
G. m. b. H.
Charlottenburg, Wilmersdorfer Str. 128
Erste Etage Köln Laden

Korbmöbel! Sonderangebot!

An Private zu Engrospreisen. Eigene Fabrikate in großer Menge. Ausführungen kaufen Sie in großer Auswahl und billig bei

Wilhelm Schulze
Königsplatz 12, Hof part.
Nähe Hackescher Markt
Zahlungserleichterung
Telephon: Alexander 4112

Sämtliche Sorten

Marken-Zigaretten
decken sie sich vor der neuen Steuer am besten bei

Tabakwaren-Großhandlg. S. Schönberg,
Berlin C. 25, Prenzlauer Straße 46/47
1/2 Minute vom Alexanderplatz

Krause-Pianos
Miete
Ansbacher Str. 1, 104 Berlin-Mitte

Gardinen
Sonderangebote
Geeign. - Käufe
in Resten
Stores, Bettdecken
Watte- und
Kleiderstoffe.